

3.3NEU2 Kein Widerspruch: Freiheit und Sicherheit

Antragsteller*in: Clemens Rostock (Lavo)
Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg
Status: Modifiziert

1 **Polizei bürgernah machen sowie personell und materiell gut ausstatten**

2 Bündnis 90/Die Grünen verstehen sich als die Partei der Grund- und Bürgerrechte. Vorschläge zur
3 Verbesserung der inneren Sicherheit prüfen wir nach drei Kriterien sorgfältig: Rechtsstaatlichkeit,
4 Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit. Die Sicherheit im Land wird dagegen nicht gestärkt, indem man
5 Bürgerrechte massiv beschneidet. Maßnahmen, die die Grundrechte unverhältnismäßig einschränken,
6 lehnen wir ab. Instrumentarien, die das Bundesverfassungsgericht dem Bundeskriminalamt ausnahmsweise
7 zur Terrorabwehr zugestanden hat, dürfen nicht Alltag im Polizeiwesen werden. Laut Polizeilicher
8 Kriminalstatistik 2017 geht die Kriminalität in Brandenburg auch weiterhin zurück. Dies unterstreicht, dass
9 keine grundsätzlich neuen Befugnisse für die Polizei vonnöten sind. Brandenburg kann beides:
10 Bürgerrechte bewahren und gleichzeitig sicher sein!

11 Wir wollen eine bürgernahe, personell und materiell gut ausgestattete Polizei. Brandenburg braucht mehr
12 Polizistinnen und Polizisten in der Fläche, die ansprechbar, gut geschult und auf Augenhöhe mit den
13 Sorgen der Bürger*innen sind. Wir wollen eine weltoffene und moderne Polizei und sie in die Lage
14 versetzen, die zunehmenden Hass-Delikte im Internet und die Wirtschaftskriminalität wirksam zu
15 verfolgen. Auch in ländlichen Räumen muss wieder mehr Präsenz möglich sein, um Vieh- und
16 Maschinendiebstähle, effektiv verhindern bzw. aufklären zu können. Wir wollen die Alltags-Ausrüstung der
17 Polizei verbessern und modernisieren. Außerdem werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für
18 Polizeibeamt*innen stärken. Um die Motivation zu erhöhen und den Krankenstand zu senken, wollen wir
19 das Gesundheitsmanagement ausweiten. Beamt*innen, die länger als bis zum Pensionierungsalter arbeiten
20 wollen, sollen dies tun können. Dafür wollen wir den Pensionseintritt flexibler gestalten. Das inzwischen
21 undurchschaubar gewordene Zulagensystem wollen wir entrümpeln und fair für alle gestalten.

22 Zu einer bürgernahen Polizei gehört auch ein transparenter Umgang mit Kritik. Wir streben die Schaffung
23 einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle an, die gleichermaßen Anlaufstelle für Bürgerinnen und
24 Bürger als auch für Polizeibeamt*innen sein soll. Damit hätte die Zivilgesellschaft eine Art Kontaktzentrum,
25 dessen Aufgabe es ist, reale oder vermeintliche Übergriffe aus dem Polizeiapparat überprüfen zu lassen.
26 Zur Wahrung der Unabhängigkeit soll die Beschwerdestelle beim Landtag angesiedelt sein. So schaffen wir
27 mehr Vertrauen in eine bürgernahe Polizei.

28 **Maß halten: Überwachung und Militarisierung zurückweisen**

29 Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und Online-Durchsuchung stellen tiefgreifende Eingriffe
30 in das Privatleben dar, da ein Schadprogramm auf dem Gerät installiert werden muss, das prinzipiell
31 privateste Informationen mitschneiden kann. Noch problematischer sind diese Maßnahmen aber, weil sie
32 erfordern, dass der Staat aktiv Sicherheitslücken, die alle Geräte betreffen geheim hält um sie gegen
33 einzelne Verdächtige einzusetzen. Damit wird die innere Sicherheit nicht gestärkt sondern massiv
34 geschwächt, da von IT-Sicherheit nicht nur die Privatsphäre aller Bürger*Innen abhängt sondern auch das
35 Funktionieren unserer Behörden, Infrastruktur und der gesamten Wirtschaft. Bereits erfolgte, verheerende
36 Angriffe z.B. auf Britische Krankenhäuser auf Basis von Sicherheitslücken, die Geheimdiensten bereits
37 jahrelang bekannt waren zeigen, welcher immenser Schaden dadurch angerichtet werden kann. Wir wollen
38 Vertraulichkeit und Integrität von IT-Systemen gewährleisten. Das bedeutet für uns, Sicherheitslücken zu
39 beseitigen statt auszunutzen.
40

41 Die Elektronische Fußfessel stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte des Betroffenen dar
42 und wird daher bisher nur gegen schwere, gerichtlich verurteilte Straftäter eingesetzt. Einen vorbeugenden
43 Einsatz lehnen wir als grundgesetzwidrig und unverhältnismäßig ab, zumal sie erwiesenermaßen
44 niemanden an einem Terroranschlag oder einer Straftat hindern kann. Auch eine flächendeckende
45 Schleierfahndung lehnen wir ab. Sie bindet im Verhältnis zum Ertrag viel zu viele Ressourcen, die an
46 anderen Stellen dringender benötigt werden. Die Sammlung und Auswertung von Massendaten
47 beispielsweise aus dem Bereich der Telekommunikation halten wir für einen unverhältnismäßigen Eingriff
48 in die Grundrechte aller Bürger. Außerdem ist sie weitgehend ungeeignet, um terrorbereite Personen zu
49 ermitteln. Sowohl der Berliner Weihnachtsmarktattentäter Anis Amri als auch die NSU-Rechtsterroristen
50 Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe waren bereits vor ihren Attentaten den
51 Sicherheitsbehörden aufgefallen. Es waren also keine solchen Massendaten erforderlich, um diese
52 Terrorist*innen als solche zu erkennen.

53 Videoüberwachung kann potenzielle Straftäter und Terroristen nicht abschrecken. Sie kann an
54 neuralgischen Orten mit erhöhtem Gefahrenpotential Menschen ein Gefühl von Sicherheit vermitteln und
55 helfen, Straftaten besser aufzuklären. Um dem präventiven Ansatz der Videoüberwachung gerecht zu
56 werden, wird genügend Personal benötigt, damit bei einem erkannten Ereignis unmittelbar reagiert
57 werden kann. Eine flächendeckende Überwachung des öffentlichen Raums ist mit unseren Grund- und
58 Freiheitsrechten nicht vereinbar. Auch eine technische Aufrüstung der Videoüberwachungssysteme in
59 Richtung einer automatisierten Verhaltensbewertung oder Identifikation von Personen lehnen wir ab.

60
61 Eine Militarisierung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten weisen wir als völlig
62 unverhältnismäßig zurück. Dafür gibt es andere Spezialeinheiten. Die Aufgaben von Polizeihunden
63 beschränken wir auf Such- und Spürtätigkeiten. Tiere sind keine Waffen und dürfen nicht als solche
64 eingesetzt werden.

65 Wir wollen gesetzliche Regelungen, die auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren,
66 grundsätzlich zeitlich befristen, um ihre tatsächliche Wirksamkeit sowie ihre anhaltende Notwendigkeit
67 überprüfen zu können. Als wichtigsten Baustein der Terrorabwehr sehen wir die Prävention gegen
68 Radikalisierung an, die wir beispielsweise in Schulen, in den Gemeinden, in der Sozialarbeit und in
69 Gefängnissen stärker fördern wollen. Daneben müssen angesichts neuer Herausforderungen durch
70 internationalen Terrorismus hohe Aus- und Fortbildungsstandards für die Kriminalpolizei, insbesondere für
71 Spezialisten im Staatsschutzbereich geschaffen werden, die bundesweit gelten sowie eine ausreichende
72 Personaldecke gesichert werden.

73 **Hass, Hetze und Mobbing im Netz bekämpfen**

74 Wir erleben gerade in den sozialen Medien eine Verrohung der Sprache, eine sich ausbreitende
75 Respektlosigkeit gegen Andersdenkende und offen vorgetragene Hassparolen gegen Nichtdeutsche,
76 Glaubensgemeinschaften, Minderheiten, einzelne Bevölkerungsgruppen oder schlicht Andersdenkende.
77 Hass, Hetze und Mobbing stellen eine Bedrohung für unsere offene Gesellschaft dar, da sie Menschen
78 gezielt von der gleichberechtigten Teilnahme an einer Debatte abhalten. Wir fordern, dass
79 Einschüchterungen und Straftaten dieser Art mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Der
80 Ausweitung der privaten Rechtsdurchsetzung widersprechen wir, stattdessen fordern wir einen Ausbau der
81 Kapazitäten und gezielte Schulungen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in diesem Bereich. Wir wollen
82 auch Opferschutzverbände, Beratungsstellen und psychotherapeutischen Einrichtungen entsprechend
83 unterstützen. Zudem braucht es einfachere Wege solche Inhalte zu melden und anzuzeigen. Die
84 massenhafte Nichtbearbeitung von Anzeigen in diesem Bereich aufgrund von Überlastung der
85 Sicherheitsbehörden darf nicht mehr vorkommen.

86 **Die Justiz arbeitsfähig machen**

87 Ein funktionierender Rechtsstaat ist zu allererst ein Schutz für die schwächsten Mitglieder einer
88 Gesellschaft, die nicht die Macht haben, auf anderen Wegen zu ihrem Recht zu kommen. Damit erfüllt er
89 eine unverzichtbare Funktion für den Sozialen Frieden und Gerechtigkeit im Land und ist eine wichtige

90 Säule jedes demokratischen Staates. Wir sind stolz auf den guten Rechtsstaat, der in 25 Jahren in
91 Brandenburg aufgebaut wurde und wollen alles daran setzen, ihn weiter zu verbessern und Missstände zu
92 beheben.

93
94 Die Verfahrensdauer in Brandenburg zählt zu den längsten bundesweit, was das Vertrauen in den
95 Rechtsstaat schwer beschädigt. Dies führt auch regelmäßig zu sogenannten „Strafabatten“ für Verurteilte.
96 Ursache ist eine andauernde Personalnot und der hohe Krankenstand im gesamten Justizwesen, aufgrund
97 von Arbeitsbelastung und Personalengpässen. Durch die Überalterung und die damit verbundene hohe
98 Anzahl an Bediensteten, die in den kommenden Jahren in Pension gehen, wird sich das Problem sogar noch
99 weiter verschärfen. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen wir den Rechtsstaat reaktionsschnell machen und
100 eine angemessene Verfahrensdauer erreichen. Kleine Amtsgerichte und Außenstellen möchten wir
101 erhalten und alle Formulare via Internet erreichbar machen. Diese wollen wir in puncto Verständlichkeit
102 deutlich verbessern. Für die Umsetzung aller Maßnahmen bedarf es ausreichend, entsprechend
103 ausgebildetes Personal. Die angekündigten Verbesserungen sind nicht ausreichend.

104 Statt Gefängnis-Karrieren zu befördern oder Menschen einfach wegzusperren setzen wir im Justizvollzug
105 auf die Chance auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Das grundsätzlich gut aufgestellte
106 Strafvollzugsgesetz des Landes mit seinem Fokus auf Resozialisierung wollen wir dahingehend auch
107 konsequenter umsetzen. Eine gelungene Resozialisierung ist der beste Schutz für die Bevölkerung. Die
108 Diskussion über Gewalt wird vor allem nach besonders drastischen Fällen immer wieder auf das Strafrecht
109 verengt. Doch anstatt medienwirksam nach drakonischen Strafen zu rufen, brauchen wir dringend eine
110 Politik der umfassenden Vorbeugung von Gewalt, insbesondere bei Jugendlichen. Im Jugendvollzug steht
111 für uns der Erziehungsgedanke im Vordergrund.

112
113 Wir wollen außerdem Möglichkeiten der außergerichtlichen Einigung schaffen und Gerichte entlasten z.B.
114 durch Umstrukturierungen - wie Amtsanwält*innen und Rechtspfleger*innen in Rheinland-Pfalz - sowie der
115 Zurückdrängung von Ersatzfreiheitsstrafen.

116 **Die Feuerwehren fit für die Zukunft machen: Handeln, bevor es brennt**

117
118
119 Die verheerenden Waldbrände letzten Sommer haben allen vor Augen geführt, wie wichtig ein
120 funktionierender Brand- und Katastrophenschutz für Brandenburg ist. In Anbetracht des Klimawandels und
121 der hohen Munitionsbelastung weiter Landesflächen durch ehemalige Militärgelände bleibt die
122 Waldbrandgefahr hoch. Gleichzeitig sinken die Mitgliederzahlen bei den freiwilligen Wehren und den
123 Hilfsorganisationen kontinuierlich aufgrund der demografischen Entwicklung, vielen Berufspendler*innen
124 und eines geänderten Freizeitverhaltens. Damit ist die Tageseinsatzbereitschaft vielerorts gefährdet.
125 Zudem hat die Häufigkeit und Komplexität der Einsatzlagen in den vergangenen Jahren zugenommen.

126
127 Die gestiegenen Anforderungen schlagen sich auch in einem gestiegenen Bedarf an Aus- und
128 Weiterbildung nieder. Wir fordern eine Ausweitung der Ausbildungs- und Schulungskapazitäten an der
129 Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE). Diese soll zudem neben Eisenhüttenstadt einen
130 zweiten Standort erhalten, um den Anforderungen eines großen Flächenlandes gerecht zu werden.

131
132 Das bewährte System unserer Stützpunktfeuerwehren wollen wir erhalten und fortentwickeln. Für die
133 Beschaffung von modernen Einsatzmitteln und Modernisierung von Feuerwachen halten wir auch
134 weiterhin Landesmittel für angebracht und unverzichtbar. Mittelfristig wird aber zur Aufrechterhaltung der
135 Einsatzbereitschaft die Unterfütterung von stark belasteten freiwilligen Wehren mit hauptamtlichen
136 Kräften unvermeidbar sein. Hier wollen wir, dass Land und Kommunen gemeinsam ein tragfähiges
137 Finanzierungskonzept entwickeln. Das Berufsbild „Kommunalbedienstete mit Feuerwehraufgaben“ sollte
138 rasch eingeführt werden.

139
140 Ein wertschätzender Umgang mit dem Ehrenamt ist unabdingbar. Wir unterstützen ein Prämiensystem,

141 welches langjährig tätige Freiwillige im Brand- und Katastrophenschutz mit Einmalzahlungen in
142 Zehnjahresstufen eine monetäre Anerkennung zuteil werden lässt. Nicht hinnehmbar sind Unterschiede in
143 der Hinterbliebenenversorgung. Ein Unfall im Ehrenamt darf nicht zu einem finanziellen Desaster führen.
144 Hier wollen wir weiterhin für einen Ausgleich über den Landeshaushalt sorgen, bis
145 Sozialversicherungssysteme angepasst sind.

146
147 Wir wollen Feuerwehrkräfte von Aufgaben entlasten, die auch von anderer Stelle qualifiziert durchgeführt
148 werden können, solange keine Gefahr für Leib und Leben droht: Beseitigung von Öls Spuren auf Straßen,
149 Tragehilfe im Rettungsdienst sowie Notöffnung von Türen. Dem Waldumbau weg von Kiefermonokulturen
150 kommt bei der Prävention von Waldbränden große Bedeutung zu. Bei der Waldbrandbekämpfung aus der
151 Luft bei Großschadenslagen setzen wir uns für vertiefte Kooperationen mit dem Bund und anderen
152 Ländern ein.

153 **Mehr Freiheit wagen**

154 Freiheit ist kein Tool im politischen Baukasten, sondern ein Grundwert, der auf Recht und Verantwortung
155 beruht. Überall kämpfen Menschen um ihre Freiheit und sie wird von verschiedensten Seiten immer wieder
156 bedroht und muss gesellschaftlich immer wieder neu ausgehandelt werden.

157 Aktuell gibt es neue autoritäre Bestrebungen, die auf eine einheitliche "Volksgemeinschaft" hinarbeiten
158 und damit auf die Rückabwicklung vieler erkämpfter Freiheiten des Einzelnen Menschen.

159 Aber auch Umweltverschmutzung, wirtschaftliche Zwänge, unkontrollierte Machtkonzentrationen
160 beeinflussen maßgeblich, welche Freiheiten wir tatsächlich ausleben können.

161 Wir Bündnisgrüne wollen grundsätzlich die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund
162 stellen. Wo durch die Summe des Verhaltens einzelner ein gesamtgesellschaftlicher Schaden entsteht,
163 können gesetzliche Regelungen und Verbote nach ausführlicher gesellschaftlicher Debatte nötig und
164 sinnvoll sein. Alles, was anderen nicht schadet, geht hingegen den Staat nichts an und sollte nur der
165 persönlichen Lebensgestaltung überlassen werden.

166 Daher wollen wir unnütze Verbote abschaffen. Dazu gehört beispielsweise das Tanzverbot am Karfreitag:
167 solange die Feiertagsruhe von anderen nicht beeinträchtigt wird, soll jede*r, der tanzen will, dies auch tun!
168 Cannabis-Konsum und Schwarzfahren wollen wir entkriminalisieren. Damit entlasten wir auch Polizei und
169 Justiz, die sich dann stärker den wirklichen Verbrechen und Gefahren widmen können.